

Niederschrift

über die Sitzung des Samtgemeinderates
am Mittwoch, den 14.12.2022, um 19:00 Uhr
im August-Benninghaus-Schule
Aula
Am Kattenboll 10
49577 Ankum
(SGR/065/2022)

Anwesend:

Vorsitzende/r
Droste, Agnes
Mitglieder
Bojani, Tanja
Bokel, Mathias
Ewerding, Franz-Josef
Frerker, Markus
Große Hamberg, Jan
Heuer, Philipp
Hölscher-Uchtmann, Elke
Hüdepohl, Ingrid
Hüdepohl, Sebastian
Johanning, Michael
Kleine Starmann, Eva-Maria
Klune, Stefan
Klütsch, Christian
Koop, Johannes
Kormann, Edith
Krasniq, Besian
Liening-Ewert, Rainer
Mailitafi, Suraj
Maxhuni, Adrian
Menke, Klaus
Menslage, Heike
Meyer zu Drehle, Axel
Möller, Heinrich
Pröhl, Marga, Dr.
Prüne, Florian
Raming, Dirk
Revermann, Markus
Schmidt-Ankum, Clara
Scholüke, Christian
Sperveslage, Christoph
Steinkamp, Gerd
Thesing, Ingrid
Vogelsang, Christiane

Weigand, Sandra
Wernke, Michael
von der Verwaltung
Bien, Regina
Brinska, Alicja
Güttler, Andreas
Raming, Oliver
Protokollführer/in
Schnattinger, Marion

Entschuldigt fehlen: Mitglieder
Hurrelbrink, Rene
Lager, Werner
Wilke, Reinhard

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Agnes Droste eröffnet um 19.10 Uhr die Samtgemeinderatssitzung und begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie den Vertreter der Presse, Herrn Martin Schmitz und die Zuhörerinnen und Zuhörer recht herzlich.

Anschließend wendet sich die Ratsvorsitzende Agnes Droste an die Zuhörerinnen und Zuhörer. Sie teilt mit, dass der TOP 4 Einwohnerfragestunde lt. der Geschäftsordnung für den Samtgemeinderat einige Regularien für die Zuhörerinnen und Zuhörer unter § 2 festhält. Die Zuhörerinnen und Zuhörer werden gebeten, sich daran zu halten. Ansonsten könnten die entsprechenden Personen in letzter Konsequenz von ihr aus dem Sitzungssaal verwiesen werden. In der Einwohnerfragestunde bekommen die Bürger*innen die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Sie dürfen aber keine Statements oder nur Erklärungen abgeben.

Sie stellt weiterhin die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Samtgemeinderatsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Samtgemeinderates fest.

Zu der vorliegenden Aufstellung der TO meldet sich Ratsherr Frerker zu Wort. Er beantragt im Namen aller Fraktionen des Samtgemeinderates, den TOP 3 und folgende zu schieben und als neuen TOP 3 eine Resolution in Abstimmung mit allen Fraktionen aufzunehmen.

Ratsvorsitzende Agnes Droste lässt über den Antrag abstimmen.

Die Mitglieder des Samtgemeinderates stimmen einstimmig dem Antrag auf Änderung der TOP zu.

2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Samtgemeinderatssitzung vom 12.10.2022
Vorlage: 3155/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP lt. Vorlage auf und fragt an, ob gegen der Niederschrift über die Samtgemeinderatssitzung vom 13.07.2022 Einwände erhoben werden.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Niederschrift über die Samtgemeinderatssitzung vom 12.10.2022 wird genehmigt.“

3. Resolution aller Fraktionen im Samtgemeinderat zur Umstrukturierung des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den neuen TOP 3 auf und übergibt das Wort an den Fraktionsvorsitzenden der Gruppe CDU/FDP Herrn Frerker.

Dieser trägt die von allen im Samtgemeinderat vertretenen Fraktionen erstellte Resolution vor. Er bittet im Anschluss um eine Abstimmung.

1. Der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück fordert den Erhalt des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück in Ankum als Krankenhaus.
2. Ein ambulantes und nur tagsüber stattfindendes medizinisches Angebot kann in dieser Form das aktuelle Leistungsspektrum und die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung nicht ersetzen, dies gilt insbesondere für die Geburts- und Notaufnahme.

Anschließend meldet sich von der Fraktion UWG Ankum Vorsitzender Herr Raming zu Wort. Er hebt besonders hervor, dass den werdenden Eltern ein fließender Übergang von dem Marienhospital Ankum-Bersenbrück zum Krankenhaus nach Quakenbrück ermöglicht wird. Ebenso beanstandet er die schleppende Kommunikation zwischen Verwaltungsleitung und Rat, möchte aber auch gleichzeitig der Verwaltungsleitung den Rücken stärken. Ganz besonders stellt er die sehr schlechte Kommunikation der Geschäftsführung der Niels-Stensen-Klinik mit der Ärzteschaft und den Mitarbeitern*innen dar. Ebenfalls wirft Raming der Geschäftsführung der Niels-Stensen Klinik vor, keine Gespräche mit den niedergelassenen Ärzten geführt zu haben, damit diese ihre Patienten für entsprechende Operationen in das Ankumer Krankenhaus überweisen. Er hofft auf eine Einsicht der Niels-

Stensen Geschäftsführung, die Vermarktung des Hauses zu verbessern, ansonsten sieht er jedes Zukunftskonzept zum Scheitern verurteilt.

Abschließend wendet sich Raming nochmals an die Geschäftsleitung der Niels-Stensen-Klinik mit dem Hinweis: *“Niels-Stensen stehe bislang für Abbau, Verschwiegenheit und Empathielosigkeit. Bitte überdenken Sie ihr Verhalten in den letzten Wochen. Auch wir sind bereit, dies zu tun. Die SG BSB hat die Niels-Stensen-Klinik nicht im Stich gelassen, wenn es um die Finanzierung einer guten Gesundheitsversorgung für die Bürger*innen in dieser Region geht. Kommen Sie mit uns ins Gespräch, damit künftig die Niels-Stensen-Klinik für Menschlichkeit und Kompetenz steht.“*

Weiterhin meldet sich Fraktionsvorsitzender der SPD Herr Krasniq zu Wort. Er betont ebenfalls, dass seine Fraktion hinter dem Samtgemeindebürgermeister steht und seine Fraktion ihm den Rücken für weitere Gespräche und Verhandlungen stärken möchte, um das Beste für die Region und Ankum herauszuholen.

Ratsmitglied Klütsch teilt mit, dass auch die Stadt Bersenbrück sich massiv für einen Erhalt des Marienhospitals in Ankum einsetzt und er möchte auch auf die vielen Gäste, die hier medizinisch versorgt werden, hinweisen. Aber auch möchte er auf die vielen Arbeitgeber hinweisen, die ihre Mitarbeiter*innen schnell und optimal medizinisch betreut wissen wollen. Ganz besonders möchte er auch die Heilpädagogische Hilfe hervorheben. Es sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass für die Menschen mit Beeinträchtigungen eine ortsnahe, medizinische Versorgung wichtig ist.

Der Samtgemeinderat hat eine Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, daher befürwortet er, eine gemeinsame fraktionsübergreifende Resolution auf den Weg zu bringen.

Fraktionsvorsitzende des Bündnis 90/Die Grünen Dr. Marga Pröhl teilt im Namen ihrer Fraktion mit, dass diese, allen, die sich für unsere Region einsetzen, um das Maximum an medizinischer Versorgung herauszuholen, der Rücken für weitere Gespräche und Verhandlungen stärkt wird.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, lässt Ratsvorsitzende Agnes Droste über die fraktionsübergreifende Resolution abstimmen.

Der Samtgemeinderat stimmt der fraktionsübergreifenden Resolution mit 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

4. Bericht zur Niels-Stensen-Klinik in Ankum mit anschl. Einwohnerfragestunde

Vorlage: 3183/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und übergibt das Wort an den Samtgemeindebürgermeister Michael Wernke.

SGBGM Wernke bedankt sich bei den Fraktionsvorsitzenden für die gemeinsame Resolution und ebenfalls für die ausgesprochenen Rückendeckungen seitens der

Fraktionen für die Umstrukturierung des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück. Er berichtet, dass es eine initiative Bewerbung von der Niels-Stensen-Klinik für das Regionale Gesundheitszentrum an das Nds. Ministerium in Hannover gegeben hat, welches bislang nicht bekannt war. Die Initiativbewerbung ist aufgrund des öffentlichen Briefes von Herrn Christian Calderone am 08.12.22 bekannt geworden. Daraufhin hat sich die MI Daniela Behrens am 09.12.22 mit einem Schreiben an Herrn Calderone gewandt.

Da die Niels-Stensen eine GmbH ist, fällt sie somit unter das Gesellschaftsrecht. Daher ist die Niels-Stensen Klinik als Krankenhausträger berechtigt, alleinige Entscheidungen zu treffen. Sie ist berechtigt, Häuser zu schließen oder Teile des Krankenhauses an einen anderen Standort zu verlagern. In dem Schreiben der Ministerin vom 09.12.22 steht weiterhin, dass die Niels-Stensen-Klinik ein sehr interessantes Konzept für ein RGZ in einer Initiativbewerbung vorgelegt hat. In dem Schreiben wurde weiterhin dargelegt, wie man ein RGZ umsetzen möchte und der Planungsausschuss bereits am 07.12.22 über das RGZ diskutiert hat. Das Konzept konnte den Planungsausschuss voll und ganz überzeugen, der Träger hat gute Arbeit geleistet, heißt es weiterhin. Für den Fall, dass sich der Träger für ein RGZ entscheidet, kann ein modernes Gesundheitszentrum entstehen in dem die ambulante, fachärztliche und hausärztliche Versorgung mit einem stationären medizinischen Bereich, einer Pflegeeinrichtung und einem ambulanten OP- und Diagnostikzentrum vereint werden.

SGBGM Wernke teilt weiterhin mit, dass es drei Varianten lt. der MI Frau Behrens gibt, die das Haus weiter nach vorne tragen sollen.

Zum einen ist es eine Schließung des Marienhospitals, welches bedeutet, dass es für die Bürger*innen in Ankum keinen medizinischen Versorgungspunkt mehr gibt. Eine Schließung des Hauses würde bedeuten, dass auch die niedergelassenen Ärzte innerhalb von Ankum und umliegend ihre Praxen verlegen würden.

Die nächste Variante würde sein, dass das Konzept, welches die Niels-Stensen GmbH beim Ministerium in Hannover eingereicht hat, umgesetzt werden würde. Das Konzept ist bislang noch nicht bekannt gemacht worden.

Des Weiteren besteht die Möglichkeit, dass alle gemeinsam an einem Strang ziehen und das Beste für Ankum und dieser Region herausholen. Dies muss gemeinsam auf Verhandlungsbasis schnellstmöglich auf dem Weg gebracht werden. Die Niels-Stensen-Klinik muss nicht verhandeln, aber sie könnten. Daher muss zügig das Gespräch mit der Geschäftsführung gesucht werden. Nachhaltige Ideen müssen zusammengetragen werden. Eine gute Lösung für die Geburtsstation als auch für die Notfallversorgung muss gefunden werden. Eine Anlaufstelle sollte an dem RGZ angegliedert werden. Es muss der Niels-Stensen GmbH verdeutlicht werden, welche Erwartungshaltung die Bürger*innen hier in der Region haben.

SGBGM Wernke ruft die Bevölkerung auf, gemeinsam eine Linie zu verfolgen und Ideen gerne an ihn herangetragen werden können.

5. Einwohnerfragestunde

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft die anwesenden Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Fragen zu stellen.

Eine ZuhörerIn meldet sich zu Wort und fragt an, was das Konzept des RGZ enthält und ist der Ansicht, dass das vorgelegte Konzept, welches dem MI von der Niels-Stensen-Klinik vorgelegt worden ist, veröffentlicht werden sollte.

SGBGM Wernke antwortet, dass das Konzept auch ihm nicht bekannt sei. Ihm wurden ebenfalls nur die Informationen mitgeteilt, die in der Infoveranstaltung im Ankumer Dom von der Niels-Stensen GmbH den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt wurden. Lt. der MI Behrens ist es ein sehr ausgearbeitetes Konzept, welches das Ministerium überzeugt hat. Daher müssen dringend Gespräche mit der Geschäftsführung erfolgen.

Ratsvorsitzende Droste ergänzt, dass das Konzept vom Samtgemeinderat eingefordert wurde. Es gab zwischenzeitlich eine interfraktionelle Sitzung mit dem Geschäftsführer der Niels-Stensen-Klinik Herr Lullmann und dem Klinikdirektor aus Ankum Herr Nacke. Weiterhin teilt sie mit, dass sie sich persönlich nach dem Konzept erkundigt habe, aber bislang keine weiteren Antworten erhalten hat.

Ein weiterer Zuhörer appelliert an alle Bürger*innen, Einfluss auf dem Bischof zu nehmen. Er ist eine Schlüsselfigur und könnte einige Dinge zum Erhalt des katholischen Krankenhauses Ankum-Bersenbrück ankurbeln.

Eine ZuhörerIn fragt an, wie sich die Umstrukturierung für diese Region im Bereich der Arbeitslosigkeit, der Schülerzahlen oder der Wegzüge von Familien auswirken würde und welche finanziellen Auswirkungen der Region finanziell verloren gehen.

SGBGM Wernke teilt mit, dass z.Zt. noch nicht absehbar ist, in welche Berufszweige sich die Mitarbeiter*innen, die von den Entlassungen der Niels-Stensen GmbH betroffen sind, bewerben. Wechseln diese evtl. in andere Krankenhäuser, in andere Berufszweige oder gehen sie in andere Regionen. Nicht jede/r Arbeitnehmer*in kommt aus Ankum, eine große Anzahl derer auch aus den umliegenden Regionen, wie die angrenzenden Samtgemeinden oder aus der Stadt Osnabrück. Ein großer Wegzug wird nicht erwartet. Daher wird kein großer Rückgang in den Schulen erwartet. Allerdings wird für diese Region ein großer Arbeitgeber verloren gehen.

Ein anderer Zuhörer fragt an, wie bei einer Schließung des Krankenhauses sichergestellt wird, dass Hausärzte weiterhin hier Vorort praktizieren.

SGBGM Wernke antwortet, dass der Standortfaktor beibehalten und als RGZ ausgebaut werden soll. Leider hat die Politik keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Niels-Stensen-GmbH. Er kann nur versuchen, das Gespräch mit der Geschäftsführung zu suchen, um das Maximale an Gesundheitsversorgung für die Region herauszuholen.

Er berichtet weiter, dass die Regierungskommission eine grundlegende Reform der Krankenhausversorgung vorsieht.

Level-1-Krankenhäuser sollen dabei noch einmal unterteilt werden in Level-1n-Häuser, die die Notfallversorgung sicherstellen, und Level-1i-Häuser, die eine sek-

torenübergreifende Versorgung anbieten. Hier sollen akutpflegerische Leistungen mit Akutpflegebetten vorgehalten werden.

„Diese Einrichtungen sollen auch von qualifizierten Pflegefachpersonen geleitet werden können.“ Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte aus der Umgebung hätten die Möglichkeit, hier Betten zu belegen. Ihre Leistung soll nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab (EBM) abgerechnet werden. Diese Einrichtungen können aber auch Ärztinnen und Ärzte fest anstellen

Um die regionalen Gegebenheiten zu berücksichtigen, sind gerade hier flexible Versorgungsmöglichkeiten entscheidend.

Der nächste Zuhörer fragt an, an welcher Stelle die Ideen weitergeleitet werden können und ob es runde Tische gibt. Außerdem fragt er nach einer Einschätzung, ob sich die Vorwürfe der Bürger*innen und Initiativen an die Geschäftsführung der Niels-Stensen GmbH negativ auf deren Entscheidungen auswirken könnte.

SGBGM Wernke hegt große Bedenken, wenn die Geschäftsführung weiterhin öffentlich kritisiert wird, diese nicht mehr mit sich reden lassen. Daher sollte behutsam mit der Wortwahl und den Aktionen gegen die Geschäftsführung der Niels-Stensen GmbH umgegangen werden, damit sich keine negativen Auswirkungen auf die weitere Zusammenarbeit ergeben. Die Ideen können an Pfarrer Franke oder auch an das Rathaus der Samtgemeinde weitergeleitet werden. Die SG BSB steht ständig im engen Kontakt mit der Niels-Stensen Geschäftsführung. Die Bevölkerung ist eingeladen, Ideen aufzuzeigen.

Einer Zuhörer*in erschließt sich nicht, dass ein eingereichtes Konzept immer noch nicht veröffentlicht wurde, um ggfls. mit diesem arbeiten zu können.

SGBGM appelliert an den Redakteur des BSB Kreisblatts, Martin Schmitz, dass dieser in seiner nächsten Berichterstattung einen deutlichen Hinweis zur Konzeptoffenlegung an die Geschäftsführung der Niels-Stensen GmbH mit aufnimmt. Ggfls. könnte dies die Leitung der Niels-Stensen zum Nachdenken bringen.

Da sich keine weiteren Fragen ergeben, bedankt sich Ratsvorsitzende Agnes Drosste bei den Bürger*innen für die Einhaltung der Verhaltensregeln und geht über zum nächsten TOP.

6. Bericht des Samtgemeindebürgermeisters

Der Gleichstellungsbericht wird aufgrund der aktuellen Situation in der Samtgemeinderatssitzung im März 2023 als TOP mit aufgenommen.

SGBGM Wernke berichtet noch kurz zur Jugendkonferenz, dass nach Rücksprache mit dem Jugendbüro das politische Interesse der Jugendlichen eher in den jeweiligen Mitgliedsgemeinden liegt. Das Projekt „Demokratie leben“ und „too4you“ ist von den Jugendlichen gut angenommen worden ebenso die angebotenen On-

lineprojekte.

7. Berichte der Ausschüsse

7.1. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Umwelt vom 15.11.2022 - öffentlicher Teil Vorlage: 3187/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und erteilt dem Vorsitzenden des Ausschusses für Bauen und Umwelt über die Sitzung vom 15.11.2022 zu berichten.

Nach seinen Ausführungen bittet er den Rat, die Beschlüsse des Ausschusses zu den Beschlüssen des Rates zu erheben.

Die Ratsmitglieder nehmen die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden Axel Meyer zu Drehle zur Kenntnis.

7.1.1. Antrag des Landkreises Osnabrück für das Modellprojekt "Mobilität im Osnabrücker Land integriert und Nachhaltig" + "MOIN +" Vorlage: 3140/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf und übergibt das Wort an SGBGM Wernke.

SGBGM Wernke informiert, dass er auf Nachfrage Herrn Linnenbrinks von der Planos, die Teilnahme an der 3-jährigen Erprobungsphase für das Modellprojekt „Mobilität im OS Land integriert und nachhaltig“ zu „MOIN +“ zugesagt hat. Es sollen für Melle 5 E-Fahrzeuge, für Bramsche und der SG BSB 3 E-Fahrzeuge angeschafft werden. Nach der 3-jährigen Erprobungsphase kann sich die SG entscheiden, ob sie das Projekt umsetzen möchte. Eine Finanzierung nach dem Modellprojekt muss noch mit dem LK OS abgeklärt werden.

7.1.2. Vorstellung des Energieberichts 2021 Vorlage: 3142/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf und berichtet, dass ausgiebig in der Ausschusssitzung für Bauen und Umwelt am 15.11.22 über den Energiebericht informiert wurde und dieser dem Protokoll der Ausschusssitzung angefügt wurde.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, geht Ratsvorsitzende Agnes Droste über zum nächsten TOP.

7.1.3. Antrag auf Ausbau des Friesenweges
Vorlage: 3144/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme des Friesenweges hinsichtlich der Ausbaunotwendigkeit und der gegebenenfalls notwendig werdenden Maßnahmen zu erstellen.“

7.1.4. Straßenreinigung
a) Betriebsabrechnung 2021
b) Gebührenkalkulation 2023
c) Erlass der 3. Änderungssatzung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 3118/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Rat mit 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

- a) „Das Ergebnis der Betriebsabrechnung 2021 wird zur Kenntnis genommen.
- b) Die Straßenreinigungsgebühr pro Kehrmeter beträgt im Jahre 2023 1,92 € je Straßenfrontmeter.
- c) Die 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsgebührensatzung) in der Samtgemeinde Bersenbrück vom 03.12.2009 wird in der vorliegenden Form beschlossen.“

7.2. Öffentlicher Teil der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Ordnung und Soziales vom 21.11.2022
Vorlage: 3194/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf und übergibt das Wort an Ratsfrau Edith Kormann.

Ausschussvorsitzende Edith Kormann berichtet über die Ausschusssitzung Ordnung und Soziales vom 21.11.2022 und bittet im Anschluss, die Beschlüsse des Ausschusses zu den Beschlüssen des Rates zu erheben.

Die Ratsmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

7.2.1. Seniorenarbeit in der Samtgemeinde

Vorlage: 3166/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und berichtet kurz zum Sachverhalt.

SGBGM Michael Wernke berichtet weiterhin, dass der Arbeitsplatz der Seniorenbeauftragte Gabi Linster neu besetzt werden muss. Der bisherige Aufgabenbereich der/des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten wurde neu definiert. Sonja Wesselkamp hat sich erfolgreich auf die Stelle als Fachkraft für Gemeinwesenarbeit in der SG BSB beworben. Sie hat bereits für den Dorftreff in Bersenbrück gearbeitet. Für den Dorftreff in Bersenbrück hat sich Astrid Van der Zwaan beworben.

Ratsherr Johannes Koop erkundigt sich, ob die Stelle von Frau Wesselkamp befristet wurde.

SGBGM Wernke teilt mit, dass Frau Wesselkamp unbefristet eingestellt wurde und die Stelle im Dorftreff ist aufgrund der Förderung befristet.

Da sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, fasst der Rat einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit Hilfe der Mitgliedsgemeinden ehrenamtliche Seniorenbeauftragte gemäß des in der Vorlage genannten Anforderungsprofils zu suchen.

Dieser Ausschuss ist regelmäßig über die Arbeit der ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten zu informieren.“

7.2.2. Erhöhung der Zuwendungen für die Bersenbrücker Tafel (Antrag der AfD-Fraktion)

Vorlage: 3168/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und berichtet, dass ein Antrag der AfD-Fraktion über eine Erhöhung der Zuwendungen für die Bersenbrücker Tafel eingegangen ist. Der Antrag wurde am 21.11.22 im Ausschuss für Ordnung und Soziales abgelehnt. Daraufhin wurde ein weiterer Antrag eingebracht in der die Verwaltung beauftragt wurde, die aktuelle Situation der Bersenbrücker Tafel sowie die finanzielle Situation, insbesondere der Energiekosten, zu klären.

Ratsherr Maxhuni von der AfD-Fraktion teilt mit, dass seine Fraktion die Entscheidung wohlwollend zur Kenntnis nimmt.

Anschließend fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Bersenbrücker Tafel die aktuelle Situation zu klären. Sie wird anschließend in diesem Ausschuss berichten.“

**7.2.3. Verkehrsregelung durch die örtliche Feuerwehr zur Sicherung gemeindlicher Veranstaltungen
Vorlage: 3149/2022**

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf und berichtet zum Sachverhalt.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Abweichend von § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 Satz 1 der Straßenverkehrsordnung erhalten die örtlichen Feuerwehren in der Samtgemeinde Bersenbrück zur Sicherung von gemeindlichen Veranstaltungen die Befugnisse für die Verkehrsregelung, sofern hierfür Polizeivollzugskräfte nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung stehen. Die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 2 Absatz 1 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (Brand- und Hilfeleistung) dürfen dabei nicht gefährdet werden.

Die Übertragung bedarf in jedem Fall einer Einzelfallentscheidung.

**7.2.4. Zuschussantrag des SC Rieste für die Anlegung eines Brunnens
Vorlage: 3154/2022**

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf.

Nachdem sie den Beschlussvorschlag vorgetragen hat, fragt sie an, ob ein Austausch der Ratsmitglieder gewünscht ist.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Sportverein Rieste e.V. erhält aufgrund seines Zuschussantrages vom 30.10.2022 einen Zuschuss in Höhe von 50 % der Herstellungskosten für einen Bewässerungsbrunnen. Der Zuschuss ist auf max.6.067,46 Euro begrenzt. Gleichzeitig räumt der Sportverein Rieste e.V. der Samtgemeinde Bersenbrück ein Nutzungsrecht des Brunnens für Feuerlöschzwecke auf unbegrenzte Zeit ein.“

7.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Tourismus vom 23.11.2022

Vorlage: 3191/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und erteilt Ratsherrn Johannes Koop das Wort.

Ausschussvorsitzender Koop berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Tourismus vom 23.11.2022.

Die Ratsmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

7.3.1. Bürgschaft für ein Darlehen der HaseEnergie GmbH

Vorlage: 3148/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, trägt sie den Beschlussvorschlag aus der Vorlage vor und lässt hierüber abstimmen.

Daraufhin fasst der Rat mit zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Die Samtgemeinde übernimmt für einen Kredit in Höhe von 2.500.000 € bei der Deutschen Kreditbank zugunsten der HaseEnergie GmbH bzw. deren Rechtsnachfolger eine Ausfallbürgschaft in Höhe des jeweiligen Kreditbetrages. Der HaseEnergie GmbH wird keine Bürgschaftsprovision in Rechnung gestellt

7.3.2. 1. Änderungsvereinbarung zur örV "Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege"

Vorlage: 3179/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und berichtet kurz zum Sachverhalt.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, fasst der Rat der Samtgemeinde Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Samtgemeindebürgermeister Wernke wird ermächtigt, mit dem Landkreis Osnabrück die 1. Änderungsvereinbarung zur öffentlich-rechtlichen Vereinbarung „Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege“ in der vorliegenden Form abzuschließen.“

7.4. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 29.11.2022
Vorlage: 3196/2022

Nachdem Ratsvorsitzende Agnes Droste den TOP aufgerufen hat übergibt sie das Wort an Ratsherrn Michael Johanning.

Ausschussvorsitzender Johanning berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 29.11.22

Die Ratsmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

7.4.1. Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 07.03.2019 "Offene Ganztagschule", Bericht über den Stand des Betreuungsangebotes der Grundschulen und der Umsetzung des Antrags
Vorlage: 3171/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und teilt mit, dass die ab dem Schuljahr 2026/2027 zunächst für die erste Klassenstufe der gesetzliche Auftrag der Umsetzung des zukünftigen Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung von Grundschulern erfüllt werden muss.

SGBGM führt weiter aus, dass ihm gestern ein Resolutionsschreiben von der Samtgemeinde Artland zugegangen ist. Dem Land Niedersachsen muss verdeutlicht werden, dass die Umsetzung der ganztägigen Betreuung von Grundschulern planbar werden muss. Sowohl baulich als auch finanziell. SGBGM Wernke lässt ebenfalls ein entsprechendes Schreiben aufsetzen welches in den nächsten Bildungsausschuss im Feb. 2023 auf die TO gesetzt werden soll und anschl. dem Samtgemeindeausschuss sowie dem Samtgemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Die

Samtgemeinderatsmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

7.4.2. Änderungen der neuen Kindertagespflegesatzung des Landkreises Osnabrück mit Wirkung zum 01.01.2023
Vorlage: 3173/2022

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf und berichtet zum Sachverhalt, dass der Landkreis Osnabrück in seiner Kreistagssitzung am 10.10.2022 die Neufassung der ab dem 01.01.2023 geltenden „Satzung über die Gewährung von Pflegegeld an die Kindertagespflegepersonen und Erhebung von Kostenbeiträgen für die Inanspruchnahme von Kindertagespflege“ im LK OS beschlossen.

Nach Grundlage der „öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Wahrnehmung der Aufgaben der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege“ sind die kreisangehörigen Kommunen verpflichtet, die Regelungen der Kindertagespflegesatzung bei der Erhebung von Kostenbeiträgen und Leistungen an

Kindertagespflegepersonen zu beachten. Nennenswerte Änderungen sind z.B. die Erhöhung des Pflegegeldes für Kindertagespflegepersonen i.H.v. 0,60 € je Stunde/je Kind, künftig erhalten die Kindertagespflegepersonen, die einen Qualifikationskurs von mind. 160 Unterrichtsstunden oder einen Abschluss einer pädagogischen Assistenzkraft und 3jähriger Tätigkeit als Kindertagespflegeperson vorweisen können, 4,60 €/Std.. Mit einem Abschluss als Erzieherin erhalten Kindertagespflegepersonen 5,10 €. Des Weiteren werden die Ausfalltage von 36 auf 38 Tage erhöht. Künftig erhalten ebenfalls Tagespflegepersonen eine zusätzlich bezahlte Stunde als Verfügungszeit. Als Neuregelung wurde mit aufgenommen, dass Tagespflegepersonen auf Antrag einen Anspruch auf einen Mietzuschuss i.H.v. 300 € erhalten, wenn die Kindertagespflege in angemieteten Räumen erfolgt. Weitere Punkte können der Mitteilungsvorlage entnommen werden.

Änderungen zu den Kostenbeiträgen der Erziehungsberechtigten sind in der Satzung nicht erfolgt.

Die Ratsmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

**8. 8. Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Samtgemeinde Bersenbrück vom 03.12.2009
hier: Straßenreinigung in der Stadt Bersenbrück und der Gemeinde Rieste
Vorlage: 3184/2022**

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP anhand der Vorlage auf und teilt den Sachverhalt mit.

Anschließend fasst der Samtgemeinderat einstimmig folgenden Beschluss:

„Die 8. Änderung der Satzung über die Reinigung öffentlicher Straßen in der Samtgemeinde Bersenbrück vom 03.12.2009 wird in der vorliegenden Form beschlossen.“

**9. 96. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) der Samtgemeinde Bersenbrück - Mitgliedsgemeinde Kettenkamp
Hier: Abwägungs- und Feststellungsbeschluss
Vorlage: 3197/2022**

Ratsvorsitzende Agnes Droste ruft den TOP auf, berichtet kurz zum Sachverhalt und trägt den Beschlussvorschlag vor.

Da sich keine Wortmeldungen ergeben fasst der Samtgemeinderat mit 35 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

a) „Abwägungsbeschluss:

Die Abwägung der in den Stellungnahmen zur 96. Änderung des FNP enthaltenen Bedenken und sonstigen Anregungen wird in der vorliegenden Fassung (Abwägungsvorschläge vom 06.12.2022) beschlossen.

b) Feststellungsbeschluss:

Die 96. Änderung des FNP wird in der vorliegenden Fassung beschlossen und die dazu erstellte Begründung mit Umweltbericht anerkannt.“

10. Anträge und Anfragen

Ratsvorsitzende Agnes Droste fragt an, ob Anträge und Anfragen vorliegen.

Ratsherr Klütsch stellt erneut den Antrag, die Ratssitzungen in den Gaststätten der Mitgliedsgemeinden stattfinden zu lassen, um mehr Präsenz zu zeigen. Er beanstandet weiterhin, dass die letzte Ratssitzung im Jahr in den vergangenen Jahren mit einem anschließenden gemütlichen Teil bei einem Umtrunk und einem Essen stattgefunden haben. Er begrüßt es, wenn dieses Vorgehen weiterhin beibehalten werden würde.

SGBGM Michael Wernke versichert, dass die nächsten Sitzungen wieder in den Mitgliedsgemeinden stattfinden werden. Aufgrund der heutigen Bürgerfragestunde zu Beginn der Ratssitzung habe er sich dazu entschieden, die Sitzung in der Oberschule Ankum stattfinden zu lassen und fügt hinzu, dass der gemütliche Teil in der nichtöffentlichen Sitzung am 28.02.2023 nachgeholt werden würde. Aufgrund der vielen Schließungen im gastronomischen Bereich ist es schwieriger geworden, einen entsprechend freien Saal für Sitzungen und Essen anzumieten.

Da sich keine weiteren Anfragen ergeben, schließt Ratsvorsitzende Agnes Droste um 20.40 Uhr den öffentlichen Teil der Ratssitzung und wünscht allen Zuhörerinnen und Zuhörern einen guten Nachhauseweg.

gez. Agnes Droste
Ratsvorsitzende

gez. Michael Wernke
Samtgemeindebürgermeister

gez. Marion Schnattinger
Protokollführerin